

Niederschrift
-öffentlicher Teil-

über die 2. Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses am Donnerstag, dem 10.10.2019, von 17:00 Uhr bis 19:13 Uhr, Beratungsraum "Békécsaba" des Neuen Rathauses (1. Etage), Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

gez. Zugehör

(Torsten Zugehör)
Vorsitzender

gez. Claußen

(Nicole Claußen)
Protokoll

Anwesenheitsliste

Name	Funktion Bemerkung
------	-----------------------

Stimmberechtigt

Torsten Zugehör	Ausschussvorsitzender
Franziska Buse	stimmberechtigtes Mitglied
Horst Dübner	stimmberechtigtes Mitglied
Anne Grünschneder	Vertreterin für Herrn Heiner Friedrich List
Dirk Hoffmann	Vertreter für Herrn Volker Scheurell
Reinhard Krause	stimmberechtigtes Mitglied
Dr. Bettina Lange	stimmberechtigtes Mitglied G: 18:53 Uhr (TOP 7) K: 18:56 Uhr (TOP 8)
Reinhard Rauschnig	stimmberechtigtes Mitglied
Marcus Wernicke	Vertreter für Herrn Stefan Kretschmar

Nicht stimmberechtigt

Dr. Reinhild Hugenroth	beratendes Mitglied
------------------------	---------------------

Verwaltung

Jana Beyer	Fachbereichsleiterin Finanzen und Controlling
Jochen Kirchner	Bürgermeister/Fachbereichsleiter Stadtentwicklung
Hagen Pisko	Fachbereich Bürger und Service Vertreter für Frau Julia Eichler
Silvia Steiner	Justizariat
Katja Tietel	Justizariat Vertreterin für Herrn André Seidig

entschuldigt

Stefan Kretschmar	stimmberechtigtes Mitglied
Heiner Friedrich List	stimmberechtigtes Mitglied
Volker Scheurell	stimmberechtigtes Mitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde (Beginn: 17:00 Uhr)
4. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der 1. Sitzung vom 12.09.2019
5. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2019/2020
Vorlage: BV-146/2019
6. 1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung der Lutherstadt Wittenberg für die Haushaltsjahre 2019/2020
Vorlage: BV-173/2019
7. Gefahrenabwehrverordnung der Lutherstadt Wittenberg betreffend die Abwehr von Gefahren durch Verkehrsbehinderungen/-gefährdungen, mangelhafter Schutzvorkehrungen an Grundstücken, Anpflanzungen, ruhestörenden Lärm, Tierhaltung, Führen von Tieren, Umgang mit wildlebenden Tieren, mangelhafte Hausnummern, offene Feuer, Eisflächen und aggressives Betteln (Gefahrenabwehrverordnung – GAVO LuWB)
Vorlage: BV-176/2019
8. Bestellung des Arbeitnehmervertreters in den Betriebsausschuss des Entwässerungsbetriebes der Lutherstadt Wittenberg
Vorlage: BV-201/2019
9. Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Lutherstadt Wittenberg GmbH durch den Stadtrat
Vorlage: BV-202/2019
10. Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Kommunalservice GmbH Lutherstadt Wittenberg durch den Stadtrat
Vorlage: BV-203/2019
11. Entsendung und Benennung der Mitglieder des Aufsichtsrates der WIWOG Wittenberger Wohnungsbaugesellschaft durch den Stadtrat
Vorlage: BV-204/2019
12. Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der WIGEWEGE Gesellschaft für Wohneigentum mbH durch den Stadtrat
Vorlage: BV-205/2019
13. Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Senioren- und Pflegezentrum "Am Lerchenberg" gemeinnützige GmbH durch den Stadtrat
Vorlage: BV-206/2019

14. Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Lutherstadt Wittenberg Marketing GmbH durch den Stadtrat
Vorlage: BV-207/2019
15. Zuwendungsbescheid Lutherstadt Wittenberg Marketing GmbH für das Jahr 2020
Vorlage: BV-188/2019
16. Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie Mitteilungen der Verwaltung

Protokollierung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses der Lutherstadt Wittenberg. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Mitgliedern fest.

TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird **einstimmig** angenommen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde (Beginn: 17:00 Uhr)

Es gibt keine Anfragen.

TOP 4 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der 1. Sitzung vom 12.09.2019

Der **Vorsitzende** lässt über die vorliegende Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen : 5

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 4

TOP 5	Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2019/2020 Vorlage: BV-146/2019
TOP 6	1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung der Lutherstadt Wittenberg für die Haushaltsjahre 2019/2020 Vorlage: BV-173/2019

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden im Komplex vorgestellt.

Frau Beyer stellt die Beschlussvorlagen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Sie weist darauf hin, dass eine Fristverlängerung, entgegen der Auffassung des Finanzausschusses, nicht beantragt wurde. Weiter gab es eine Änderung aufgrund der Diskussionen im Finanzausschuss hinsichtlich der Elternbeiträge. Diese wird im elektronischen Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Sie informiert außerdem über Änderungen, welche sich aufgrund der Stadtratssitzung vom 25.09.2019 ergeben haben.

Herr PISOKE stellt den Nachtrag bezogen auf den Bereich Bürger und Service anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

SR Hoffmann fragt, ob die für Bußgelder geplanten 150.000 EUR die jährlichen Gesamteinnahmen darstellen.

Herr PISOKE erklärt, dass diese Bußgelder lediglich für den fließenden Verkehr erwartet werden.

SR Hoffmann fragt weiter, wie viele Ausgaben für die Kontrolle des fließenden Verkehrs anfallen.

Herr PISOKE wird dies schriftlich beantworten.

SRin Dr. Lange fragt, wann die Gästebeitragssatzung in Kraft tritt und ob die hierfür geplanten Werte realistisch sind.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass der Wert abhängig ist von der Festlegung der Höhe des Beitrages und dem Datum des Inkrafttretens. Hierzu finden aktuell Gespräche mit der GLC Glücksburg Consulting AG statt. Diese bringen Erfahrungen aus anderen Städten mit. Ebenso ist die „Wittenbergcard“ im Gespräch, mit deren Erwerb mehrere Sehenswürdigkeiten besichtigt werden können und in der der Gästebeitrag bereits enthalten ist. Eine Anlaufberatung findet statt und Vorbereitungen werden getroffen.

SR Dübner bezieht sich auf die geführten Diskussionen im Finanzausschuss und meint, jeder habe die E-Mail so verstanden, dass eine Fristverlängerung beantragt wurde. Besser wäre die Formulierung gewesen, nichtöffentliches, öffentlich zu machen und zu diskutieren. Die Fraktion Die LINKE hat dem Haushaltskonsolidierungskonzept nicht zugestimmt.

Er fragt nach dem aktuellen Stand zur Eröffnungsbilanz und bezieht sich dabei auf die Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsichtsbehörde.

Weiter spricht er die Altschuldenproblematik an und fragt, weshalb nach der neuen Übersicht die Schulden in kurzer Zeit sehr viel höher sind.

Außerdem möchte er wissen, ob die bis 2028 eingestellten Mittel i. H. v. 3,8 Mio. EUR im IT-Bereich für den Aufbau einer eigenen IT-Abteilung in der Verwaltung verwendet werden und wenn ja, was hierdurch für Einsparungen erzielt werden.

Des Weiteren bezieht er sich auf die freiwilligen Aufgaben und schlägt vor, dass der Kommunalaufsichtsbehörde seitens der Stadt eine Übersicht vorgelegt werden sollte, welche Aufgaben von landespolitischem Interesse sein könnten.

Er weist außerdem auf einen Zeitungsartikel hin, nach dem beim Bund 15 Mrd. EUR an Fördermitteln von den Kommunen nicht abgerufen werden. **SR Dübner** bittet um eine Auflistung, welche Fördermittelanträge gestellt und ggf. abgelehnt wurden.

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass ein Antrag beim Landkreis auf Fristverlängerung nicht gestellt wurde. Der Punkt zum KIFöG befindet sich schon mehrere Jahre im Haushaltskonsolidierungskonzept. Es müsse sich zeitnah dazu verständigt werden, welche Maßnahmen aus dem Gutachten abgeleitet und umgesetzt werden. Mit der Änderung des Titels ist eine klare Richtungsänderung vorgegeben und daraus leiten sich dann folgend die Einzelbeschlüsse ab.

Die Eröffnungsbilanz befindet sich in den letzten Zügen und wird dem RPA zum 31.10.2019 vorgelegt und der Kommunalaufsichtsbehörde entsprechend übergeben.

Das Thema Altschulden wird auch beim Städte- und Gemeindebund immer wieder diskutiert. Die Bündelung der Altschulden in Langzeitkredite auf Grund der Zinslage ist nicht zielführend. Der Begriff der Altschulden wird oft falsch verwendet. Zumeist betreffen diese die Wohnungsunternehmen. Mit dem Haushalt wird dem Landkreis die Liste zu den freiwilligen Aufgaben, welche von landespolitischem Interesse sind, vorgelegt.

Die Förderbedingungen haben den Realitätsbezug teils verloren. Die Maßnahmen des Stadtentwicklungskonzepts werden aktuell unter die Fördermittelprogramme subsumiert und bedürfen hierzu auch einer gewissen „Antragslyrik“. Dieses Verfahren ist absurd und müsste geändert werden.

Frau Beyer begründet, dass die im Juli zur Verfügung gestellten Unterlagen die Altschulden betreffend, nicht korrekt waren, da ein falscher Anfangsbestand für die Berechnung verwendet wurde. Daher ergibt sich die hohe Änderung. Alle Beträge ab 2013 müssen aufsummiert werden. Bezüglich der Eröffnungsbilanz war geplant, dass Ende September alle Daten in das Programm eingepflegt wurden. Diese Arbeiten dauern jedoch noch an.

SR Dübner meint, seitens der Verwaltung wurde übermittelt, dass die Eröffnungsbilanz in 2019 geprüft und vom Stadtrat bestätigt wird.

Frau Beyer erklärt ihm, dass dem Rechnungsprüfungsamt eine Prüffrist nicht auferlegt werden darf.

SR Dübner fragt nach realistischen Werten – konkret wann eine geprüfte Eröffnungsbilanz dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Der **Vorsitzende** sagt, dass über den aktuellen Stand regelmäßig im Stadtrat informiert wurde. Zum 31.10.2019 wird die Eröffnungsbilanz dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt. Da dieses das Verfahren stetig begleitet hat, wurden Hinweise beim laufenden Verfahren berücksichtigt, wodurch sich die Prüfdauer deutlich verkürzt. Anweisungen dürfen dem Rechnungsprüfungsamt jedoch nicht erteilt werden.

Frau Beyer ergänzt, dass einige Teile bereits komplett durchgeprüft wurden und in anderen Abschnitten eine stichprobenartige Prüfung erfolgt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass bzgl. der IT viele Umstellungen erfolgen müssen. Frau Lamczyk ist schwer langzeiterkrankt, eine baldige Rückkehr ist nicht absehbar, sodass die Kollegen im Haus alle anfallenden Arbeiten übernehmen müssen. Mit der KDG wurde ein neuer Rahmenvertrag verhandelt. Die Verhandlung der Einzelverträge steht noch aus.

Herr Pisko erklärt, dass sich Einsparungen bspw. beim benötigten Kopierpapier ergeben. Auch die Einführung des Datenmanagementsystems bringt Einsparungen mit sich, ist jedoch in der Erstanschaffung sehr teuer. Zudem ergeben sich erhebliche Zeitersparnisse für die Kollegen, welche so konkret nicht messbar sind.

Der **Vorsitzende** sagt, dass eine ausführlichere Darstellung in den nächsten Ausschüssen erfolgen wird. Nach Abschluss der Verhandlungen mit der KDG werden die Mandatsträger entsprechend informiert. Ein Beschluss ist in der Gesellschafterversammlung im November geplant.

SR Rauschnig meint, die 1 Mio. EUR aus dem Ausgleichsstock für das Reformationsjubiläum sollten korrekt betitelt werden, da es sich hier um die ausstehende Erstattung des Landes für das Reformationsjubiläum handelt. Mit dem Zuschuss des Landes für das Renaissance Musikfestival sei die Zuordnung zu den freiwilligen Aufgaben mit landespolitischem Interesse nicht mehr abzustreiten. Er meint, dass sich die bereitgestellten Mittel für das Renaissance Musikfestival durch die Übertragung auf die Marketing GmbH und die damit anfallende Mehrwertsteuer erhöhen und tritt dem skeptisch entgegen. Die Reduzierung im Bereich KommBi wird seinerseits befürwortet.

Frau Beyer erklärt, dass für das Renaissance Musikfestival per Beschluss 25.000 EUR verwendet werden. Da dieses der Marketing GmbH übertragen wird, fällt die Mehrwertsteuer an. Die Marketing GmbH selbst zählt auch zu den freiwilligen Leistungen.

SR Rauschnig meint, dass die Marketing GmbH als Ganzes nie von landespolitischer Bedeutung sein könne.

Frau Beyer erklärt, dass auch Teile der GmbH von landespolitischem Interesse sein können und nicht zwingend die gesamte Gesellschaft.

SR Dübner fragt, weshalb das Musikfestival an die Marketing GmbH übertragen wird, wenn es doch dadurch um 19 % teurer wird.

Der **Vorsitzende** erläutert, dass es eine Umsatzsteuererstattung gibt, welche im Bereich des Geschäftsführers liegt.

SR Dübner wirft ein, dass wenn die Übertragung nicht zu einer Mehrbelastung des Haushalts führt, er dies so hinnehmen werde.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Umsatzsteuerproblematik wegen der Vereine aktuell mit dem Finanzminister diskutiert wird. Er sagt, dass die Bezeichnung für die Beträge aus dem Ausgleichsstock korrekt sei.

SR Dübner bezieht sich auf die offenen Forderungen das Schloss betreffend.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass für das Schloss die Prüfung der Endverwendungsnachweise noch aussteht und vermutlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

SRin Dr. Hugenroth befürwortet eine papierlose Verwaltung und die damit verbundenen Investitionen. Im Umgang miteinander – sie bezieht sich auf das Haushaltskonsolidierungskonzept – sollte eine gewisse Fehlertoleranz geduldet werden.

Der **Vorsitzende** habe direkt Kontakt zu SR Loos gesucht und auch mit der Kreisverwaltung gesprochen. Die Angelegenheit war damit erledigt. Die Sitzung wurde nur unterbrochen, der Antrag auf 1. Lesung abgelehnt. Damit steht dem Beschluss im Stadtrat nichts entgegen.

SR Hoffmann merkt an, dass die Angelegenheit bereits im Finanzausschuss abschließend geklärt wurde. Er erläutert das Verfahren. Weiter geht er auf die Diskussionen bzgl. der Straßenbeleuchtung ein.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nur er als Oberbürgermeister Sperrvermerke verfügen kann. Herr Jordan hatte die Notwendigkeit der Mittel schon ausführlich erklärt. Die Masten müssen ausgetauscht werden. Er muss die Verkehrssicherungspflicht gewährleisten, sodass hierfür im Haushalt Mittel eingestellt werden müssen.

SR Hoffmann informiert, dass in der Thomas-Müntzer-Straße, entgegen der Übersicht, nur Metallmasten für die Straßenbeleuchtung verwendet wurden. Damit könnte hier auf eine Umrüstung verzichtet werden. Zudem seien auch einige Betonmasten noch in gutem Zustand und standfest. Er fragt, ob es wirtschaftlich ist, die Umrüstung auf LED-Technik vorzunehmen.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass er bzgl. der Prüfung der Standfestigkeit der Masten auf die Fachleute vertraut. Die Verkehrssicherungspflicht muss gegeben sein. Geschieht etwas, wird er als Oberbürgermeister in Haftung genommen.

Herr Kirchner erklärt, dass die Rechtsprechung ausschlaggebend ist und am Montag in der Sitzung des Bauausschusses näher darauf eingegangen wird. Es ist beabsichtigt, Fördermittel zu akquirieren. Daher mussten zunächst 100 % der benötigten Mittel im Haushalt eingestellt werden.

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-146/2019** für den Stadtrat abstimmen.

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt das fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungskonzept für die Haushaltsjahre 2019/2020.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 1

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage **BV-173/2019** für den Stadtrat abstimmen.

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung sowie den 1. Nachtragshaushaltsplan zum Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2019/2020 einschließlich seiner Bestandteile und Anlagen nach § 7 i.V.m. § 1 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden, Landkreise und Verbandsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (Kommunalhaushaltsverordnung – KomHVO).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 1

**TOP 7 Gefahrenabwehrverordnung der Lutherstadt Wittenberg betreffend die Abwehr von Gefahren durch Verkehrsbehinderungen/-gefährdungen, mangelhafter Schutzvorkehrungen an Grundstücken, Anpflanzungen, ruhestörenden Lärm, Tierhaltung, Führen von Tieren, Umgang mit wildlebenden Tieren, mangelhafte Hausnummern, offene Feuer, Eisflächen und aggressives Betteln (Gefahrenabwehrverordnung – GAVO LuWB)
Vorlage: BV-176/2019**

Herr PISOKE stellt die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass sich die Anzeigepflicht von Veranstaltungen insbesondere wegen der Anschläge ergab. Die Erfahrung zeigte jedoch, dass vor allem kleinere Veranstaltungen lediglich einen Verwaltungsaufwand mit sich gebracht haben und keinen Nutzen.

Herr PISOKE ergänzt, dass auch nur die Veranstaltungen nicht angezeigt werden müssen, welche im nichtöffentlichen Raum stattfinden.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Gefahrenabwehrverordnung aufgrund der langen Tagesordnung für den Oktober-Stadtrat, erst im November behandelt wird.

Herr PISOKE sagt, die Gefahrenabwehrverordnung sollte zum 01.01.2020 in Kraft treten.

SR RAUSCHNING weist auf einen redaktionellen Fehler hin. Im § 5 (3) der Gefahrenabwehrverordnung müsse statt auf den Absatz 3, ein Bezug auf den Absatz 2 hergestellt werden. Weiterhin möchte er wissen, ob Igel zu den Wildtieren zählen und damit nicht gefüttert werden dürfen. Außerdem meint er, die Verbrennung von Gartenabfällen sei nicht mehr zeitgemäß und die Stadt diese generell verbieten sollte. Gartenabfälle können kostengünstig bei der Firma Zegarek entsorgt werden.

Herr PISOKE erklärt, dass hierfür ein Antrag beim Landkreis gestellt werden muss.

SR KRAUSE hält es für wünschenswert, die Verbrennung gänzlich abzuschaffen, jedoch müssen Alternativen aufgezeigt werden.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass die Fütterung von Igel durch Privatpersonen nur unter vorheriger Informationseinholung erfolgen sollte, da bspw. Jungigel die Futtersuche sonst nicht erlernen können.

SR HOFFMANN fragt, ob auch die Aufstellung von Wasserschalen damit verboten ist.

Herr PISOKE erklärt, dass Tieren in Not geholfen werden soll. Zudem liegt der Umgang mit Ordnungswidrigkeiten im Ermessen des Stadtordnungsdienstes.

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage für den Stadtrat abstimmen.

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Gefahrenabwehrverordnung gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 8
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 0

TOP 8	Bestellung des Arbeitnehmersvertreters in den Betriebsausschuss des Entwässerungsbetriebes der Lutherstadt Wittenberg Vorlage: BV-201/2019
TOP 9	Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Lutherstadt Wittenberg GmbH durch den Stadtrat Vorlage: BV-202/2019
TOP 10	Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Kommunalservice GmbH Lutherstadt Wittenberg durch den Stadtrat Vorlage: BV-203/2019
TOP 11	Entsendung und Benennung der Mitglieder des Aufsichtsrates der WIWOG Wittenberger Wohnungsbaugesellschaft durch den Stadtrat Vorlage: BV-204/2019
TOP 12	Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der WIGEWEGE Gesellschaft für Wohneigentum mbH durch den Stadtrat Vorlage: BV-205/2019
TOP 13	Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Senioren- und Pflegezentrum "Am Lerchenberg" gemeinnützige GmbH durch den Stadtrat Vorlage: BV-206/2019
TOP 14	Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Lutherstadt Wittenberg Marketing GmbH durch den Stadtrat Vorlage: BV-207/2019

Die Tagesordnungspunkte 8 bis 14 werden im Komplex vorgestellt.

Der **Vorsitzende** bezieht sich auf eine seitens Frau Dr. Hugenroth gestellte Anfrage und erklärt ihr, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Grund der Berechnung der Sitze nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren kein Sitz zugeteilt wird.

SR Dübner teilt mit, dass es ggf. Änderung der namentlichen Besetzung innerhalb der Fraktion geben wird.

SR Hoffmann merkt an, dass es auch bei der Fraktion AfD/AdB evtl. Änderungen geben könnte.

Der **Vorsitzende** verzichtet auf eine Vorstellung der Beschlussvorlagen und fragt, ob ein Mitglied des Haupt- und Wirtschaftsausschusses der Abstimmung der Beschlussvorlagen unter den Tagesordnungspunkten 8 bis 14 im Block widerspricht.

Seitens der Mitglieder des Haupt- und Wirtschaftsausschusses gibt es keine Einwände gegen eine Abstimmung im Block, sodass der **Vorsitzende** über die Freigabe der Beschlussvorlagen für den Stadtrat abstimmen lässt.

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg bestellt auf Vorschlag des Personalrates des Entwässerungsbetriebes der Lutherstadt Wittenberg den Arbeitnehmervertreter Herrn Frank Mühl in den Betriebsausschuss des Entwässerungsbetriebes der Lutherstadt Wittenberg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 9
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 1

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Lutherstadt Wittenberg GmbH (SLW):

Fraktion CDU / FDP:	Michael Strache Joachim Richter
Fraktion FREIE WÄHLER:	Stefan Kretschmar
Fraktion AfD/AdB:	Volker Scheurell
Fraktion DIE LINKE:	Horst Dübner
SPD-Fraktion:	Eckhard Naumann

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet weitere Mitglieder in den Aufsichtsrat des SLW:

Torsten Zugehör, Oberbürgermeister
 Jana Beyer
 Thomas Popp
 Prof. Dr. Matthias Krause
 N.N.
 Bettina Vinne, Arbeitnehmervertreterin

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 9
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 1

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat der Kommunalservice GmbH Lutherstadt Wittenberg (KSW):

Fraktion CDU / FDP:	Michael Strache Joachim Richter
Fraktion FREIE WÄHLER:	Stefan Kretschmar
Fraktion AfD/AdB:	Anne Grünschneder
Fraktion DIE LINKE:	Horst Dübner
SPD-Fraktion:	Daniel Wartenberg

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet weitere Mitglieder in den Aufsichtsrat der KSW:

Torsten Zugehör, Oberbürgermeister
 Jana Beyer
 Thomas Popp
 Prof. Dr. Matthias Krause
 Bettina Vinne
 N.N.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 9
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 1

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat der WIWOG Wittenberger Wohnungsbaugesellschaft mbH:

Fraktion CDU / FDP:	Michael Strache
	Frank Scheurell
Fraktion FREIE WÄHLER:	Stefan Kretschmar
Fraktion AfD/AdB:	Kevin Deyring
Fraktion DIE LINKE:	Uwe Loos
SPD-Fraktion:	Reinhard Rauschnig

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg nimmt die Besetzung des Aufsichtsrates der WIWOG durch weitere Mitglieder gemäß Gesellschaftsvertrag zur Kenntnis und benennt ein sachkundiges Mitglied:

Oberbürgermeister	Torsten Zugehör
Bürgermeister Stadt Zahna/Elster	Peter Müller
Vermögensverwaltung der ehemaligen DAG	Günter Haardt
Vermögensverwaltung der ehemaligen DAG	Peter Schmidt
Sachkundiges Mitglied	Jochen Kirchner
Arbeitnehmervertreterin	Heike Bläse

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 9
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 1

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat der WIGEWEGE Gesellschaft für Wohneigentum mbH Wittenberg (WIGEWEGE):

Fraktion CDU/FDP:	Michael Strache
Fraktion FREIE WÄHLER:	Dr. Richard Thomas
Fraktion AfD/AdB:	Thomas Höse
Fraktion DIE LINKE:	Uwe Loos (Losentscheid)
Oder:	
Fraktion SPD:	Reinhard Rauschnig (Losentscheid)

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet weitere Mitglieder in den Aufsichtsrat der WIGEWWE:

Torsten Zugehör, Oberbürgermeister
 Jochen Kirchner
 Fritz Peter Schade
 Frank Scheurell
 Heike Bläse

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 9
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 1

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat der Senioren- und Pflegezentrum „Am Lerchenberg“ gemeinnützige GmbH (SPZ):

Fraktion CDU/FDP:	Manuela Fußy
Fraktion FREIE WÄHLER:	Reinhard Krause
Fraktion AfD/AdB:	Karsten Bischoff
Fraktion DIE LINKE:	Angelika Canje (Losentscheid)
oder	
Fraktion SPD:	Rene Stepputis (Losentscheid)

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet weitere Mitglieder in den Aufsichtsrat der SPZ:

Torsten Zugehör, Oberbürgermeister:
 Konstantin Speck
 Jens Frieß
 N.N.
 N.N. (für Arbeitnehmervertreter)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 9
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 1

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg entsendet folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat der Lutherstadt Wittenberg Marketing GmbH (LWM):

Fraktion CDU/ FDP:	Bettina Lange
Fraktion FREIE WÄHLER:	Birgit Biernoth
Fraktion AfD/AdB:	Dirk Hoffmann
Fraktion DIE LINKE:	N.N. (Losentscheid)
oder	
SPD-Fraktion:	Bernhard Naumann (Losentscheid)

Der Stadtrat entsendet weitere Mitglieder in den Aufsichtsrat der LWM:

Torsten Zugehör, Oberbürgermeister
Hans-Joachim Herrmann, Geschäftsführer Stadtwerke

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
Ja-Stimmen : 9
Nein-Stimmen : 0
Enthaltungen : 1

**TOP 15 Zuwendungsbescheid Lutherstadt Wittenberg Marketing GmbH für das Jahr 2020
Vorlage: BV-188/2019**

Frau Beyer stellt die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der **Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage für den Stadtrat abstimmen.

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Zuwendungen an die Lutherstadt Wittenberg Marketing GmbH für das Jahr 2020 gemäß Zuwendungsbescheid (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
Ja-Stimmen : 9
Nein-Stimmen : 0
Enthaltungen : 0

**TOP 16 Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie
Mitteilungen der Verwaltung**

Der **Vorsitzende** berichtet über den Brief bzw. die E-Mail an die Stadträte zur Haushaltsanalyse des Eigenbetriebes KommBi und das weitere Verfahren. In einigen Einrichtungen hat sich kein Kandidat für die Wahl der Gemeindeelternvertreter gefunden.

Zudem informiert er über die Informationsvorlage zum deutschen Architekturpreis und reicht die hierfür erteilte Urkunde an die Mitglieder des Haupt- und Wirtschaftsausschusses weiter.

SRin Dr. Lange fragt, wann das Problem bzgl. der Versendung von Vorlagen per E-Mail aus der Mandatos-App heraus behoben wird.

Frau Tietel antwortet, dass das Problem bis zum Ende der Woche behoben werden soll.

SR Dübner bezieht sich auf die zuletzt im Bauausschuss übermittelten Informationen zur Nordumfahrung. Diesbzgl. gäbe es einen Beitrag von Sepp Müller. Er regt an, zu überprüfen, ob eine regionale Aktion auf den Weg gebracht werden könnte und bittet über das Ergebnis im Bauausschuss am nächsten Montag zu informieren.

SRin Dr.Hugenroth habe bereits in der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses angeregt, eine Schweigeminute wegen der Ereignisse in Halle einzulegen. Sie bittet nun erneut darum. Weiter schlägt sie vor eine Resolution zu verfassen. Hintergrund sei auch der Trauermarsch, an welchem nachweislich Rechtsradikale teilgenommen haben.

Der **Vorsitzende** meint, dass der Stadtrat hierfür das richtige Gremium ist. Ein Text für die Stadtratsvorsitzende würde entsprechend vorbereitet. Wegen der Ereignisse sei auch mit dem Oberbürgermeister von Halle in Kontakt getreten.

SR Hoffmann fragt SRin Dr. Hugenroth, auf welchen Trauermarsch sie sich bezieht.

SRin Dr. Hugenroth antwortet, dass sie jenen Trauermarsch der AfD meint, welcher erst vor kurzem stattgefunden hat.

SR Hoffmann weist ausdrücklich darauf hin, dass der Anschlag in Halle in keinerlei Verbindung mit der AfD steht.

Der **Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:13 Uhr.